

unserer Regierungszeit einbringen werden. Es wird zu gegebener Zeit diesem Haus vorgelegt werden.

(Beifall bei der CDU - Starzacher (SPD): Sind Sie in der Lage, das auf diese Wahlperiode einzugrenzen?)

**Präsident Lengemann:**

Das Wort hat Herr Abg. Demke.

**Demke (CDU):**

Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren! Gestatten Sie mir, ganz kurz wenige Sätze vorzutragen. Herr Minister Milde hat schon darauf hingewiesen, daß es aus rechtlichen Gründen nicht möglich ist, die von Ihnen gewünschte Änderung des Gesetzes über kommunale Abgaben vorzunehmen. Wir bitten Sie, doch einmal ernsthaft zu überlegen, ob Sie sich im Interesse des arbeitsökonomischen Ablaufs auch der Landtagsberatung nicht dazu - das meine ich jetzt sehr ernsthaft und nicht irgendwie ironisch - durchringen können, den Gesetzentwurf zurückzuziehen; denn er ist auch nicht notwendig. Wenn in Hessen keine öffentlich-rechtlichen Gebührenregelungen im Kindergartenbereich getroffen werden, sondern wenn statt dessen die Kindertagesstätten mit privatrechtlichen Entgeltvereinbarungen arbeiten, gibt es heute bereits die Möglichkeit, so wie es in einigen hessischen Städten geschieht, dabei auch soziale Staffellungen vorzunehmen.

Der von Ihnen vorgelegte Gesetzentwurf ist also aus den dargelegten Gründen nicht nur nicht möglich, sondern darüber hinaus zu dem von Ihnen angestrebten Zweck gar nicht erforderlich.

(Beifall des Abg. Dr. Jung (CDU))

Entsprechende Möglichkeiten gibt es bereits. Sie können doch nicht bestreiten, daß es schon Städte gibt, die das von Ihnen gewünschte Verfahren heute schon juristisch einwandfrei praktizieren.

(Zurufe von den GRÜNEN)

- Aber natürlich! Sie müßten sich nur einmal umschauen. Fragen Sie einmal in den Städten nach. Es gibt diese Regelung.

Wenn also eine Regelung, so wie Sie sie wollen, juristisch nicht möglich ist, jedoch in der Sache juristisch sauber heute bereits praktiziert wird, dann meine ich, daß keine Notwendigkeit besteht, ein Gesetz zu ändern, zumal dann die Gefahr besteht, daß das Gesetz über kommunale Abgaben auch für viele andere Bereiche geöffnet wird, was sehr problematisch wäre.

Aus diesen Gründen wird die Fraktion der CDU den Gesetzentwurf der Fraktion der GRÜNEN ablehnen.

(Beifall bei der CDU)

**Präsident Lengemann:**

Meine Damen und Herren! Weitere Wortmeldungen liegen nicht vor. Ich schließe die Aussprache.

Der Ältestenrat hat empfohlen, den Gesetzentwurf der Fraktion der GRÜNEN für ein Hessisches Kindertagesstättengesetz dem Haushaltsausschuß - federführend - sowie dem Sozialpolitischen Ausschuß und dem Innenausschuß - beteiligt - zu überweisen. Weiter ist empfohlen worden, den Gesetzentwurf ebenfalls dem Sonderausschuß für Frauenfragen zur Mitberatung zu überweisen. Widerspruch dazu wird nicht laut; dann ist so beschlossen.

Der Ältestenrat hat ferner empfohlen, den Gesetzentwurf der Fraktion der GRÜNEN für ein Gesetz zur Änderung des Gesetzes über kommunale Abgaben dem Innenausschuß - federführend - sowie dem Sozialpolitischen Ausschuß - beteiligt - zu überweisen. Dem wird nicht widersprochen; es ist so beschlossen.

Ich rufe dann **Tagesordnungspunkt 10** auf:

**Landes-Berufsbildungsbericht 1986 der Landesregierung.**

Hier ist eine Redezeit von 60 Minuten je Fraktion ohne zeitliche Begrenzung des einzelnen Redners vereinbart worden.

Das Wort hat der Minister für Wirtschaft und Technik.

**Schmidt, Minister für Wirtschaft und Technik:**

Herr Präsident, meine Damen und Herren! Ich habe zunächst um das Wort gebeten, da es sich bei dem Landes-Berufsbildungsbericht um einen Bericht der Landesregierung handelt, der übrigens zum zweitenmal im Hessischen Landtag diskutiert wird. Der Bericht selbst betrifft das Jahr 1986, in dem, wie Sie wissen, diese Regierung noch nicht in der Verantwortung stand. Dennoch ist dies für mich heute weit mehr als eine Pflichtübung; diskutieren wir doch hier über die Zukunft unserer Jugend und unserer Wirtschaft. Ich kann das, indem ich einen bekannten Slogan aufgreife, noch einmal deutlich machen: Ausbilden heißt die Zukunft sichern. Ich denke, das ist so.

Ich möchte mein Wort zunächst an die auszubildende Wirtschaft insgesamt richten. Sie hat auch 1986 bei der Versorgung unserer Jugendlichen mit Ausbildungsplätzen, wie ich meine, Vorbildliches geleistet. Ihr gilt mein besonderer Dank. Ich will aber auch nicht diejenigen übergehen, die sich mit persönlicher Initiative und großem Engagement vor allem um die gekümmert haben, die sonst ohne Ausbildung geblieben wären. Auch sie haben, wie ich meine, Großartiges geleistet.

Meine Damen und Herren, vor nunmehr viereinhalb Jahren hat der Landtag der Landesregierung den Auftrag erteilt, jährlich einen Bericht über die Versorgungssituation in der Berufsbildung vorzulegen. Die Vorlage des Berufsbildungsberichts 1986 gibt uns die Gelegenheit, nicht nur die Situation des Vorjahres, sondern auch die diesjährige Lage und die absehbaren Tendenzen für die kommenden Jahre zu diskutieren. Die Bilanz des Ausbildungsjahres 1986 liegt Ihnen vor. Ich will mir die Einzelheiten ersparen und nur einige große Linien hier aufzeigen.

Trotz leichter Entspannung hat es 1986 noch keinen Ausgleich von Angebot und Nachfrage gegeben. Dieser Ausgleich kann - ich will das schon hier deutlich machen - wohl auch in diesem Jahr trotz weiterer Verbesserung der Situation noch nicht erreicht werden. Alle sind deshalb auch weiter in der Pflicht. Die Entspannung kann sich nur fortsetzen, wenn alle Betriebe ihr hohes Angebot aufrechterhalten. Je stärker die allgemeine Anspannung abnimmt, desto deutlicher zeigen sich die dauerhaften Probleme in den Regionen und bei besonderen Personengruppen, hier vor allem bei den jungen Frauen.

Meine Damen und Herren, nach wie vor sind es zu wenige Berufe, auf die sich die Nachfrage der jungen Frauen konzentriert, und nach wie vor ist es den Betrieben und allen hier Engagierten nicht gelungen, bei den jungen Frauen mehr Interesse an gewerblich-technischen Berufen zu wecken. Ich will hier niemandem Vorwürfe

auch im neuen Haushalt entsprechende Mittel bereithalten, um die Benachteiligung von Mädchen auffangen zu können.

Lassen Sie mich zum Schluß noch einige Bemerkungen zur Wiedereingliederung von Frauen in den Arbeitsmarkt machen. Im Rahmen des Sonderprogramms zur beruflichen Qualifizierung von Mädchen und Frauen hatte das Land Hessen 1986 ergänzende Mittel zum Arbeitsförderungsgesetz bereitgestellt. Hintergrund dieser Entscheidung war, daß es Frauen nach der sogenannten Familienphase oft sehr schwer fällt, aber auch schwer gemacht wird, auf dem ursprünglichen Qualifikationsniveau wieder in den Beruf einzusteigen. Aus diesen Fördermitteln wurden Initiativen und Projekte zur Berufsfindung und zur beruflichen Motivierung gefördert, aber auch Bildungsbeihilfen gewährt. Im wesentlichen sind diese Mittel in drei Bereiche geflossen: in die EDV-Ausbildung von Frauen, in Qualifizierungsmaßnahmen für arbeitslose Frauen, die nach einer Familienphase wieder arbeiten wollen und keine Ausbildung haben, und in ein Projekt zur beruflichen Eingliederung ausländischer Frauen.

Die Hessische Landesregierung wird auch weiterhin solche Maßnahmen unterstützen, gehört doch die Wiedereingliederung von Frauen zu den zentralen Problemen von Frauen in unserer Zeit. Das belegt auch die Arbeitsmarktstatistik, die seit Jahren eine kontinuierliche Erhöhung der Quote arbeitssuchender Frauen nach der Familienunterbrechungspause ausweist. Ich bin sicher, daß wir mit diesen Mitteln an den kritischsten Punkten der Mädchen- und Frauenarbeitslosigkeit ansetzen. Glücklicherweise ist die Bereitschaft von Wirtschaft und Trägervereinen groß, gemeinsam mit uns gegenzusteuern. Diese konstruktive Zusammenarbeit wünsche ich mir auch für die Zukunft.

(Beifall bei der CDU)

**Vizepräsident Dr. Lang:**

Herr Kollege Schoppe, Sie haben das Wort.

**Schoppe (CDU):**

Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Die Wende auf dem Ausbildungsstellenmarkt ist eingetreten. Nach einer Umfrage des Deutschen Industrie- und Handelstages in diesen Tagen ist bundesweit die Zahl der angebotenen Ausbildungsplätze größer als die Zahl der Nachfrager.

(Wagner (Eschwege) (SPD): Es will aber nicht jeder Metzger werden!)

Dies ist ein Ergebnis, um das sich über mehr als zehn Jahre viele Beteiligte erfolgreich bemüht haben und das Anerkennung verdient. Deshalb ist es heute angebracht, zu diesem Thema einige Ausführungen zu machen.

Die Situation in den siebziger Jahren war gekennzeichnet durch eine steigende Arbeitslosigkeit mit der Folge, daß zunächst diejenigen entlassen worden sind, die keine Berufsausbildung hatten. Die Folge war, daß sich Jugendliche verstärkt bemüht haben, einen Ausbildungsplatz zu finden. Einfache Arbeiten, Hilfsarbeiten waren entfallen, und die Zahl der Bewerber um einen Ausbildungsplatz nahm zu. Es gab zweitens eine zunehmende Zahl ausländischer Jugendlicher, die sich um einen Ausbildungsplatz bemüht haben. Schließlich war es die demographische Entwicklung - der Schülerberg -, die sich in steigenden Zahlen der Bewerber um Ausbildungsplätze niederschlug.

Das Problem der fehlenden Ausbildungsplätze war eines der beherrschenden Themen in der politischen Diskussion der letzten zehn Jahre. Um dieses Problem sachgerecht bewältigen zu können, war es notwendig, Erkenntnisse über das Ausmaß und die Struktur des Mangels zu gewinnen.

Bereits in früheren Jahren hatte unsere Landtagsfraktion in diesem Haus einen Antrag gestellt, einen Berufsbildungsbericht zu erstellen, allerdings ohne Erfolg. Die damalige Mehrheit sah keine Notwendigkeit hierfür. Erst im Jahr 1983 kam es zum Konsens aller Fraktionen dieses Hauses, daß man es für notwendig hielt, jedes Jahr einen Berufsbildungsbericht zu erstellen. So diskutieren wir heute den vierten Bericht über das Jahr 1986, den Rückblick auf das Jahr 1986 und den Beitrag des Landes, jungen Menschen in diesem Land eine Berufsperspektive zu geben.

Aber es ist sicherlich angebracht, nicht nur den Beitrag des Landes zur Lösung dieses Problems zu betrachten, sondern auch all diejenigen mit in die Betrachtung einzubeziehen, die ebenfalls ihren Beitrag geleistet haben.

Da sind zunächst einmal diejenigen, die die Ausbildung durchgeführt haben, nämlich unsere Wirtschaft, die Industrie, Handel und Handwerk, die Betriebe, die die Ausbildungsplätze zur Verfügung gestellt haben. Ein ganz herzliches Dankeschön all denjenigen, die sich hier ganz besonders engagiert haben,

(Beifall bei der CDU)

und zwar mit und ohne öffentliche Gelder. Dies sei an dieser Stelle auch vermerkt.

Es ist in den letzten Jahren ein beispielloses Engagement gewesen, das, zugegebenermaßen, auch von einem gewissen Eigeninteresse getragen war, einem Eigeninteresse in dem Sinn, daß der Betrieb, der Facharbeiter braucht, auch entsprechend ausbilden muß.

Aber es war auch ein sozialpolitisches Engagement, das die Betriebe an den Tag gelegt haben, indem sie über den eigenen Bedarf hinaus ausgebildet haben, um jungen Menschen eine Berufsperspektive zu geben. Dafür ein herzliches Wort des Dankes.

(Beifall bei der CDU)

Es waren gerade kleine und mittlere Unternehmen, die hier besondere Verantwortung übernommen und über viele Jahre hinweg überdurchschnittlich viele Jugendliche ausgebildet haben. Dies war nur dadurch möglich, daß, mangels fehlender eigener Lehrwerkstätten gerade der kleinen und mittleren Betriebe, durch Einrichtung überbetrieblicher Lehrgänge und Kurse entsprechende Angebote unterbreitet worden sind.

Der Bund fördert inzwischen rund 75.000 Plätze. In den letzten vier Jahren wurde allein über eine Milliarde DM vom Bund für überbetriebliche Ausbildungsstätten zur Verfügung gestellt. Das waren und sind Investitionen im Bildungsbereich, die in erster Linie jungen Menschen eine Perspektive eröffnen, die verhindert, daß der Frust dort ausbricht. Dies liegt letztlich auch im Interesse unserer Volkswirtschaft und damit unserer gesamten Gesellschaft.

Herr Präsident, meine Damen und Herren, dieses Ergebnis, von dem wir heute sprechen, war möglich, ohne daß Zwangsmaßnahmen ergriffen werden mußten, ohne daß eine Ausbildungsabgabe eingeführt werden mußte, die

von der SPD noch vor einem Jahr hier vehement gefordert wurde.

(Beifall bei der CDU)

Ich sage Ihnen: Eine solche Ausbildungsabgabe war in der Vergangenheit überflüssig, und sie wird es auch in Zukunft sein, auch wenn Sozialdemokraten hier eine andere Meinung vertreten. Mit Abgaben allein läßt sich dieses Problem nicht lösen. Das gilt an dieser Stelle wie auch an anderer Stelle. Freiwilliges Engagement der Betriebe - das hat dieser Tag heute bewiesen - führt zum Ergebnis, aber nicht zusätzliche Abgaben, die manche mit ihrer Abgabenmentalität immer wieder fordern.

(Beifall bei der CDU - Dr. Schlitzberger (SPD):  
Keine Sprüche machen! Handeln!)

Neben den Betrieben hat der Bund - dies habe ich schon angedeutet - einen wesentlichen Anteil an der Lösung des Ausbildungsplatzproblems. Ich nenne zunächst einmal das Benachteiligtenprogramm des Bundes, das vor allen Dingen Jugendlichen mit oder ohne Hauptschulabschluß, Sonderschülern, ausländischen Jugendlichen und sonstigen sozial benachteiligten Jugendlichen zugute kommt.

Der Bund hat darüber hinaus ausbildungsbegleitende Hilfen angeboten, die auch sozialpädagogische Betreuung von Jugendlichen umfassen. 1987 hat der Bund dafür allein über 400 Millionen DM aufgewendet. Diese 400 Millionen DM sind immerhin achtmal soviel wie im Jahre 1982, als wir auf Bundesebene noch andere Mehrheitsverhältnisse hatten. Das heißt auch, daß die Zahl der Ausbildungsplätze in diesen Jahren versechsfacht worden ist. Ist das, meine Damen und Herren, der angebliche Sozialabbau, von dem Sie von der SPD immer so reden?

(Beifall bei der CDU)

Auch die Bundesanstalt für Arbeit hat für über 500 behinderte, insbesondere für lernbehinderte Jugendliche, Ausbildungsplätze in außerbetrieblichen Einrichtungen finanziert und mit berufsvorbereitenden Maßnahmen zur Entlastung des Ausbildungsstellenmarktes beigetragen.

Es waren auch viele Städte, Kreise, Gemeinden und soziale Einrichtungen, die hier ihren eigenen Beitrag auch mit eigenen finanziellen Anstrengungen geleistet haben. Man kann sicherlich zu Recht sagen, daß es sich bei der Lösung des Problems um eine konzertierte Aktion gehandelt hat, die erfolgreich war.

Beim Blick auf den Bericht 1986 werden Probleme deutlich, die uns trotz des jetzt erfolgten statistischen Ausgleichs auch noch in den nächsten Jahren beschäftigen werden.

Vor fast einem Jahr, bei der Debatte über den Bericht 1985, hat der Kollege Schlitzberger - ich gehe davon aus, daß er auch hier dazu noch Stellung nehmen wird - an dieser Stelle erklärt, daß neben der gruppenspezifischen Förderung durch das Land vor allen Dingen die regionalspezifische Förderung "gegriffen" habe. Die regionalspezifische Förderung habe "gegriffen"! Damit wollte er deutlich machen, welche Erfolge die Landesprogramme vor allen Dingen in Nordhessen und in Osthessen aufzuweisen hätten.

Nun ist es sicher richtig, daß die Zahl der Neuverträge in den nordhessischen Arbeitsamtsbezirken noch stark gestiegen ist, während sie im südhessischen Teil bereits zum Teil schon zurückgegangen ist. Das kann jedoch nicht über die Tatsache hinwegtäuschen, daß in Südhessen jetzt nicht alle Lehrstellen besetzt werden können.

Schlagen Sie die Presse auf. In der "Frankfurter Rundschau" vom 17.7. heißt es: "Nicht alle Lehrstellen können besetzt werden." Am 14. August heißt es in der "Frankfurter Rundschau": "Ausbildungsplätze sind zur Zeit nicht knapp."

Es hat sich ein Wandel vollzogen. Aber in den Arbeitsamtsbezirken Nordhessens - Korbach, Kassel, Bad Hersfeld und Marburg - bestehen immer noch Ausbildungsplatzdefizite. Darüber, Frau Kollegin Wagner, ist nicht hinwegzudiskutieren, sondern da müssen weitere Anstrengungen gemacht werden. Darüber sind wir uns wohl alle im klaren.

Das hat dazu geführt, daß am 30. September letzten Jahres landesweit noch ein Defizit von 1,2 Prozent bestand, das allerdings wohl jetzt nicht mehr dasein dürfte. So ist es auch zu begrüßen, daß die jetzige Landesregierung die in den letzten Jahren begonnene Förderung auch in den nächsten Jahren fortsetzt.

Minister Schmidt hat darauf hingewiesen, daß es in diesem Jahr 35 Millionen DM sind, mit denen 3.500 zusätzliche Ausbildungsplätze im Rahmen des Engpaßprogramms für unterversorgte Gebiete, für die Integration von Mädchen, zu der Staatssekretärin Geschka ebenfalls Ausführungen gemacht hat, und für ganz bestimmte Zielgruppen gefördert werden. Aber auch die besonderen Programme wie das Existenzgründungsprogramm, das Konkurs-Lehrlingsprogramm und das Programm für Lernschwächere werden einen Beitrag zur Lösung dieser Strukturprobleme noch leisten.

Neben den regionalen Problemen haben wir auch die geschlechtsspezifischen und sektoralen Probleme weiterhin zu lösen. Es ist bundesweit zu beobachten, daß bei Dienstleistungsberufen ein unvermindert starker Andrang herrscht und daß vor allen Dingen bei Bauberufen, bei den Bauneben- und Metallberufen ein Überangebot an Ausbildungsplätzen gegeben ist. Diese Diskrepanz zwischen Dienstleistungsberufen auf der einen Seite und Fertigungsberufen auf der anderen Seite gilt es abzubauen.

So ist es auch zu verstehen, wenn der Zentralverband des Deutschen Handwerks in diesen Tagen nach der Lehrstellenoffensive jetzt eine Lehrlingsoffensive startet mit dem Ziel, vor allen Dingen Mädchen, Abiturienten und ausländische Jugendliche für eine Ausbildung im Handwerk zu gewinnen.

Nur wenn dies in größerem Umfang gelingt, wird auch das Handwerk in den nächsten Jahren über die entsprechenden Facharbeiter verfügen.

Herr Präsident, meine Damen und Herren, ich möchte an das anschließen, was Frau Staatssekretärin Geschka sagte: Es muß uns gelingen, noch mehr Mädchen für sogenannte Männerberufe zu interessieren.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU)

Viele wissen gar nicht, daß von den 430 Ausbildungsberufen, die generell angeboten werden, immerhin 400 für Mädchen geeignet sind - 400 von 430. Trotzdem ist der Anteil der Mädchen in diesen Berufen von 2,6 erst auf 8 Prozent gestiegen, und das ist zu wenig.

Dabei ist es sicherlich zu spät, wie jetzt der Gießener Professor Lothar Beinke im Zusammenhang mit einem Modellversuch festgestellt hat, daß man Mädchen erst im Rahmen der Berufsberatung für typische Männerberufe interessiert. Diese Beratung muß früher ansetzen, sie muß beispielsweise bereits in der Hauptschule und in der

Realschule Ansätze im Zusammenhang mit den Betriebspraktika machen, indem Mädchen ganz gezielt ihre Praktikantenplätze dort wählen, wo es bisher typische Männerausbildungsplätze gab, um sie zu diesem Zeitpunkt bereits für einen anderen Beruf zu interessieren als für einen typischen Mädchenberuf. Das heißt aber gleichzeitig, daß hier noch einiges an Bewußtsein und Einstellung in den nächsten Jahren verändert werden muß.

Es hat bekanntlich wenig Sinn, nur die Vergangenheit zu analysieren, ohne die Konsequenzen für die Zukunft aus dieser Situation zu ziehen. So ist es sicherlich richtig gewesen, die Ausbildungsfinanzierung für 1987 fortzusetzen. Ich sage auch, zumindest für den Haushalt 1988 sind weitere Anstrengungen des Landes für eine gezielte finanzielle Förderung auf diesem Gebiet notwendig.

Was die Förderung überbetrieblicher Ausbildungsstätten in Zukunft anbelangt, so werden diese auch bei rückläufigen Bewerberzahlen notwendig sein. Darüber gibt es wohl keinen Zweifel. Kleine und mittlere Betriebe sind eben ohne diese überbetrieblichen Einrichtungen nicht in der Lage, Jugendliche überhaupt auszubilden, vor allen Dingen wenn man an die Einführung neuer Technologien denkt, die Herr Minister Schmidt hier bereits angesprochen hat. Hier liegen Chancen und Notwendigkeiten der Fort- und Weiterbildung der Mitarbeiter, die sonst nur von Großbetrieben geleistet werden können. Klein- und Mittelbetriebe bedürfen dabei einer gezielten Unterstützung durch überbetriebliche Einrichtungen.

Auch hier sei auf die Leistungen der Bundesregierung verwiesen. Sie hat immerhin in einem neuen Förderprogramm bis 1988 über 50 Millionen DM für überbetriebliche Ausbildungsstätten zur rascheren Einführung moderner Technologien zur Verfügung gestellt. Aber auch das Land muß und wird hierzu weiterhin einen entsprechenden Beitrag leisten.

Mit einer diesbezüglichen weiteren Förderung der Fort- und Erwachsenenbildung, die auch in dem Bericht gezielt angesprochen wurde, muß außer bei den Volkshochschulen und den sonstigen freien Trägern der Erwachsenenbildung verstärkt in den Betrieben begonnen werden, beziehungsweise diese Bemühungen der Fort- und Weiterbildung müssen fortgesetzt werden. Ich meine, es ist auch notwendig, die wegen der rückläufigen Schülerzahlen in den beruflichen Schulen freiwerdenden Kapazitäten, was das Lehrerpotential, aber auch was die Einrichtungen anbelangt, gezielt für die Fort- und Weiterbildung zu nutzen, und zwar über das hinaus, was bisher beispielsweise durch unsere Fachschulen im Bereich der beruflichen Schulen geleistet wird.

Mit der weiteren Förderung von außerbetrieblichen Einrichtungen, wie sie in dem Bericht auch angesprochen worden ist, kann ich mich allerdings nicht so generell, wie es in dem Bericht gesagt worden ist, einverstanden erklären. Es kann doch nicht wahr sein, daß beispielweise in einer außerbetrieblichen Einrichtung eine CNC-gesteuerte Drehbank im Wert von rund 200.000 DM für die Ausbildung von fünf Dreher-Lehrlingen zur Verfügung gestellt wird, während eine benachbarte Berufsschule, in der 1.700 Berufsschüler unterrichtet werden, von denen sich 350 in einer Ausbildung für einen Metallberuf befinden, leer ausgeht. Diese Diskrepanz kann auf Dauer nicht hingenommen werden.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU)

Ich vertrete - ich will dies ganz deutlich sagen - dezidiert die Auffassung, daß die außerbetrieblichen Einrichtungen mit dem Rückgang der Bewerberzahlen nach und nach abgebaut werden müssen.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU)

Sie waren eine befristete Notmaßnahme zur Bewältigung des Ausbildungsproblems, aber sie können keine Dauereinrichtung sein und bleiben, ebensowenig wie die vollschulischen Ausbildungsgänge, die wir in unseren Schulen zur Bewältigung des Problems ebenfalls befristet eingerichtet haben.

Ein anderer Gedanke sei mir gestattet. Die öffentliche Förderung dieser Einrichtungen hat sich daran zu orientieren, ob die Notwendigkeit besteht, diesen Jugendlichen wirklich einen Ausbildungsplatz zur Verfügung zu stellen, oder ob sie berufsreif zu machen sind. Die Förderung dieser Einrichtungen kann sich nicht daran orientieren, ob die Ausbilder dort auf Dauer einen gesicherten Arbeitsplatz haben. Das ist oft das Motiv, das an uns, allerdings kaschiert, herangetragen wird. Es geht um die Jugendlichen und nicht in erster Linie um die Ausbilder!

(Beifall bei Abgeordneten der CDU)

Ich bin mir allerdings darüber im klaren, daß es auch in den nächsten Jahren eine Reihe von Jugendlichen in unserem Lande geben wird, für die es auf Grund ihrer Begabung, ihrer Kenntnisse, ihrer Fähigkeiten, ihrer schulischen Ausbildung und der sonstigen Umstände schwer sein wird, einen Ausbildungsplatz zu finden oder eine Lehre in einer regulären Lehrzeit zu absolvieren. Hier sind zusätzliche Hilfen notwendig, oftmals auch in Form der sozialpädagogischen Begleitung. Insofern sind wenige solcher außerbetrieblicher Einrichtungen so lange vertretbar, wie diese Jugendlichen keinen regulären Ausbildungsplatz finden, nicht angemessen gefördert oder ausgebildet werden können. Dies ist so lange vertretbar - und ich sage das noch einmal deutlich -, bis unser Schulsystem wieder in der Lage sein wird, alle Jugendlichen berufsreif zu entlassen.

(Zurufe von der SPD)

Wenn heute die Bundesanstalt für Arbeit Jugendliche berufsreif machen muß, dann liegt ein Mangel in unserem Schulsystem vor. Das ist Aufgabe unserer Schule; alles andere ist Reparaturbetrieb.

(Beifall bei der CDU)

Die Förderung alternativer Ausbildungsstätten à la Krebsmühle muß allerdings im Interesse der Jugendlichen umgehend eingestellt werden, soweit es die vertraglichen Bindungen und der Vertrauensschutz erlauben. Denn wenn von 14 Jugendlichen, die dort ihre Ausbildung begonnen haben, nur zwei ihre Lehre als Mechaniker erfolgreich abgeschlossen haben, dann ist das letztendlich Betrug an den jungen Menschen und nichts anderes.

(Beifall bei der CDU)

Man kann eben nicht mit dem Basteln von Fahrrädern für die Berufswirklichkeit des Jahres 2000 ausbilden. Das geht nicht - ganz abgesehen von der Tatsache, daß dieses Experiment mit der Krebsmühle immerhin rund 1 Million DM gekostet hat und dies überwiegend öffentliche Gelder waren, was als Verschwendung von Steuergeldern gegenüber dem Steuerzahler nicht zu verantworten ist.

(Beifall bei der CDU)

Ich meine, es ist Aufgabe der Landesregierung, zu verhindern, daß sich solche Verschwendung von Steuergeldern und solche Mißerfolge an anderer Stelle wiederholen. Ich nenne den Großen Ahl in Offenbach oder überhaupt die 25 LOS-Projekte, die im Lande vorhanden sind. Nach den Erfahrungen mit der Krebsmühle ist eine intensivere Kontrolle im Interesse der Jugendlichen auch in Zukunft notwendig.

(Holzapfel (SPD): Was für Projekte haben Sie gemeint?)

- Herr Kollege Holzapfel, LOS-Projekte: "Lehrer organisieren Selbsthilfe". Ich nehme an, daß Sie als Kollege, der der GEW angehört, wissen, was dort mit Hilfe der GEW organisiert worden ist.

(Holzapfel (SPD): Ich wollte nur wissen, ob ich mich nicht verhört habe!)

Herr Präsident, meine Damen und Herren, angesichts der eingetretenen Wende auf dem Ausbildungsstellenmarkt ist es erforderlich, den Blick noch stärker auf die Zukunft zu richten. Verantwortliche Politik darf nämlich nicht erst dann reagieren, wenn bestimmte Situationen eingetreten sind, um zu reparieren, sondern die Weichen müssen rechtzeitig gestellt werden, um manche Probleme überhaupt nicht erst entstehen zu lassen.

Wir haben, wie ich feststellen zu können glaube, die quantitativen Probleme weitestgehend gelöst. Insofern ist es notwendig, den Blick auf die qualitativen Probleme der Zukunft zu richten.

In der Berufsschule haben wir zwei gegenläufige Entwicklungen zu registrieren. Auf der einen Seite sind es die sogenannten benachteiligten Jugendlichen, die das Schulsystem - ich wiederhole es - nicht berufsreif machen konnte. Auf der anderen Seite sind es ausländische Jugendliche, die vor allen Dingen im Rahmen des Berufsvorbereitungsjahres auch in den nächsten Jahren noch einer besonderen Zuwendung bedürfen und denen anschließend verstärkt Ausbildungsverhältnisse angeboten werden müssen.

**Vizepräsident Dr. Lang:**

Herr Kollege, lassen Sie eine Zwischenfrage zu?

**Schoppe (CDU):**

Aber bitte.

**Vizepräsident Dr. Lang:**

Bitte schön, Herr Kollege Rausch!

**Rausch (SPD):**

Herr Kollege Schoppe, Sie haben in Ihrem Beitrag sehr deutlich die Aufwendungen des Bundes angesprochen und auch Zahlen genannt. Ich gehe davon aus, daß Sie auch in der Lage sind, Zahlen über die Mittel, die nach Hessen geflossen sind, zu nennen. Ich wäre Ihnen dankbar, wenn Sie uns an dieser Stelle einige Zahlen nennen würden.

**Schoppe (CDU):**

Herr Kollege Rausch, selbstverständlich sind wesentliche Teile der Bundesmittel nach Hessen geflossen, vor allen Dingen und gerade nach Nordhessen, weil dort die Ausbildungsprobleme - anders als etwa im Rhein-Main-Gebiet - besonders groß waren. Die Zahlen können Sie in dem Bericht nachlesen, Herr Kollege Rausch.

(Dr. Schlitzberger (SPD): Sie stehen aber nicht drin!)

Entscheidend ist, daß Nordhessen ganz massiv von den Mitteln des Bundes profitiert hat. Sie können das nachlesen, Herr Kollege.

(Dr. Schlitzberger (SPD): Das sind nur Sprüche! Es ist keine exakte Zahl darin enthalten! Das ist im Prinzip schon ganz schön stark!)

Wir müssen sehen, daß diese benachteiligten Jugendlichen in Zukunft Ausbildungsplätze bekommen, die ihren Fähigkeiten entsprechen und die ihnen Erfolgserlebnisse und auch Abschlüsse vermitteln. Es hat wenig Sinn, einen Jugendlichen in eine drei- oder dreieinhalbjährige Ausbildung zu bringen, wenn abzusehen ist, daß er sie nicht erfolgreich abschließen kann, man dann die Lehrzeit verlängern muß und der Jugendliche erneut in der Prüfung scheitert. Es müssen deshalb Ausbildungsverhältnisse angeboten werden, die den Fähigkeiten und Begabungen der Jugendlichen entsprechen. Ich nenne hier beispielsweise die Werker- und Helferberufe. Es ist darüber nachzudenken, ob wir Ausbildungsverhältnisse in Zukunft in der Schule verstärkt anbieten müssen, und zwar im Interesse der Jugendlichen, im Interesse eines Erfolgserlebnisses und einer Zukunftsperspektive, die diese Jugendlichen brauchen.

Wir haben neben diesen benachteiligten Jugendlichen weiterhin einen neuen Lehrlingstyp mit mittlerem Bildungsabschluß. Der Jugendliche kommt heute in der Regel mit 17, 18 oder 19 Jahren in die Berufsschule. Er hat durchschnittlich einen mittleren Bildungsabschluß.

(Holzapfel (SPD): Ist das wahr?)

Die Zahl der Hauptschüler ist in den letzten Jahren drastisch zurückgegangen. Herr Holzapfel, Sie kennen sich in diesem Bereich nicht sehr gut aus. Das will ich Ihnen einräumen.

(Holzapfel (SPD): Doch, ich kenne mich gut aus!)

Sie kennen die Situation nicht so genau, weil Sie in diesem Schultyp selbst nicht tätig waren und sich die Situation auch nicht ausreichend vor Augen geführt haben. Angesichts der verschlechterten Perspektive für ein Studium kommt ein immer größerer Anteil von Abiturienten in die Berufsausbildung. Wir haben bundesweit etwa 20 Prozent Abiturienten in unseren Berufsschulen. In Hessen sind es immerhin 33 Prozent. Dieser Situation muß der Berufsschulunterricht Rechnung tragen. Es gibt ausschließlich mit Abiturienten besetzte Klassen im Banken- und Versicherungswesen. Mit diesen Klassen haben wir keine besonderen Probleme. Es ist eigentlich keine große Schwierigkeit, den Unterricht in diesen Klassen zu organisieren. In normalen Berufsschulklassen stellen sich aber Probleme. Man muß doch die Frage stellen: Ist bei einem Anteil von einem Drittel an Abiturienten die herkömmliche Vermittlung allgemeiner Bildung noch sinnvoll und notwendig, oder müssen wir beispielsweise verstärkt zu Differenzierungsmaßnahmen kommen, wie sie in anderen Bundesländern seit langem praktiziert werden?

(Dr. Schlitzberger (SPD): Es wird doch permanent differenziert! Sie diskreditieren Ihre Kollegen in der Berufsschule! Was machen sie denn?)

Herr Kollege Schlitzberger, schauen Sie sich einmal einen effektiven Unterricht im Rahmen der Vorgaben des Landes an. Die Vorgaben des Landes lassen es eben noch

nicht zu, daß in einer Klasse, in der 20 oder 30 Prozent Abiturienten sind, den Abiturienten der Unterricht in Deutsch, in Sozialkunde oder beispielsweise auch in Religion durch einen Fachunterricht ersetzt werden kann, der den Bildungsvoraussetzungen der Jugendlichen besser entspricht.

(Holzapfel (SPD): In Religion?)

- Auch in Religion, Herr Kollege Holzapfel. Ich halte es für vertretbar, daß einem achtzehnjährigen, also volljährigen Schüler - er ist nämlich gar nicht mehr berufsschulpflichtig, Herr Holzapfel - nach dem Abitur an Stelle des Faches Religion

(Holzapfel (SPD): Nehmen Sie einmal die Hessische Landesverfassung!)

ein gezielter Fachunterricht angeboten wird. Schauen Sie sich bitte einmal die Gegebenheiten an. Ich meine, das didaktische Konzept in den Berufsschulen muß überdacht und erwachsenengerechter gestaltet werden.

Neben den veränderten individuellen Voraussetzungen der Auszubildenden durch das höhere Eingangsalter und höhere Schulabschlüsse stehen auch veränderte Qualifikationsanforderungen. Neue Herausforderungen entstehen auch für uns, die wir Verantwortung für die Berufsschule tragen. Die jetzt erfolgte Neuordnung der Metall- und Elektroberufe hat dieser Entwicklung in der betrieblichen Ausbildung Rechnung getragen. Die Schule muß Konsequenzen für das nächste Schuljahr ziehen, indem die entsprechenden Rahmenlehrpläne vorgelegt werden. Der technische Wandel, der sich in der Wirtschaft vollzieht, hat Auswirkungen auf die Anforderungen an die Beschäftigten und damit auch auf die Lehrlinge. Die Qualifikationsanforderungen steigen. Sie verändern sich. Neben Kenntnissen und Fertigkeiten, die sich im Laufe der Zeit ändern, sind es neue Anforderungen, die an die künftigen Mitarbeiter gestellt werden. Es muß mehr zur Fähigkeit zum abstrakten Denken erzogen werden.

(Holzapfel (SPD): Das sagen Sie einmal dem Herrn Minister!)

Wir müssen die Jugendlichen im Hinblick auf kreative Problemlösungen ausbilden und erziehen. Wir müssen mehr zur Teamarbeit, zur Zusammenarbeit mit anderen ausbilden und erziehen. Wir müssen den Unterricht in den Berufsschulen auch stärker am notwendigen eigenständigen Handeln der künftigen Auszubildenden und der künftigen Mitarbeiter in den Betrieben orientieren.

Neben der Vermittlung von Fachkompetenz kommt es aber auch darauf an, immer stärker Einstellungen, Verhaltensweisen und Haltungen zu vermitteln. Dies heißt, daß auch die Ausbildung der Ausbilder in den nächsten Jahren fortgesetzt werden muß, um den neuen Anforderungen gerecht zu werden. Dies heißt auch, daß wir in den Berufsschulen Lehrernachwuchs brauchen, daß wir dort überhaupt Neueinstellungen vornehmen

(Holzapfel (SPD): Da sind wir aber gespannt!)

und nicht mit Zwei-Drittel-Angestelltenverträgen operieren, wie Sie, meine Damen und Herren von der SPD, es in der Vergangenheit hier in diesem Lande praktiziert haben. Hinzu kam noch die abgesenkte Eingangsbesoldung.

(Rausch (SPD): Sagen Sie es nicht so laut!)

- Doch, ich sage das deutlich, Herr Rausch.

(Zuruf von den GRÜNEN: Jetzt steht es im Protokoll, Herr Schoppe!)

Ich sage auch, daß wir auf Grund der Zwei-Drittel-Angestelltenverträge und der abgesenkten Eingangsbesoldung in bestimmten Berufsschulzweigen schon keine Bewerber mehr für das Lehramt an beruflichen Schulen haben.

(Zustimmung bei der CDU)

Hier muß sich, wie ich meine, etwas ändern. Nehmen Sie das Beispiel Baden-Württemberg. Dort wirbt man zum Teil schon mit bestimmten Funktionszulagen um bestimmte Berufsschullehrer, damit der Unterricht ordnungsgemäß durchgeführt werden kann. Wir brauchen auch - dies ist ebenfalls eine alte Forderung, die Sie bisher nicht verwirklicht haben - mindestens alle fünf Jahre Praktika für Berufsschullehrer.

(Beifall bei der CDU)

Wer nicht weiß, wie die Betriebswirklichkeit aussieht, kann Jugendliche auch nicht für diese Wirklichkeit ausbilden.

Darüber hinaus erfordert eine anforderungsgerechte duale Ausbildung in den nächsten Jahren den zwölfstündigen Berufsschulunterricht. Damit nenne ich eine gesetzliche Vorgabe aus dem Jahre 1969. Meine Damen und Herren von der SPD, Sie haben in dieser Hinsicht nur Versprechungen gemacht. Sie haben Stufenpläne entwickelt, die Sie nie realisiert haben. Das Problem ist nicht, ob diese zwölf Stunden auf zweimal sechs Stunden oder wie auch immer verteilt werden. Das Entscheidende ist vielmehr, daß in dualer Form eine ordnungsgemäße Ausbildung in der Berufsschule und gleichzeitig eine ordnungsgemäße Ausbildung im Betrieb gesichert ist. Dies geht mit zweimal sechs Stunden Berufsschulunterricht in der Woche grundsätzlich nicht.

Wir brauchen eine neue Festlegung von Grund- und Fachstufen, wobei das ortsnahe schulische Ausbildungsangebot gesichert werden muß, ohne daß größere Einschränkungen der Fachausbildung erfolgen. Wir brauchen für unsere Schulen auch - damit sie effektiv ausbilden können - ein Ausstattungsprogramm. Ich möchte allerdings davor warnen, anzunehmen, man könne die Schulen immer mit den neuesten technischen Geräten ausstatten. Dies ist finanziell einfach nicht leistbar. Aber ich glaube, es war Zeit und es ist auch an der Zeit, daß wir demnächst unsere Berufsschulen modernisieren.

Ich meine auch - das soll ein letzter Gedanke sein für eine anforderungsgerechte duale Ausbildung in den nächsten Jahren -, daß wir über die Einrichtung neuer Schulformen nachdenken müssen.

Ich nenne hier die Einrichtung einer neuen Berufsfachschule für Schüler mit einem mittleren Bildungsabschluß, beispielsweise die zweijährige Berufsfachschule für Informationsverarbeitung. Dies ist eine neue Form, die wir einführen müssen. Was wir aber nicht brauchen, ist das zehnte allgemeinbildende Schuljahr hier in Hessen.

(Beifall bei der CDU)

Es ist nicht verwunderlich, daß CDU und F.D.P. in ihrer Koalitionsvereinbarung festgeschrieben haben, daß sie der beruflichen Bildung ein besonderes Augenmerk widmen wollen angesichts der Vernachlässigungen, die in den letzten Jahren hier in Hessen auf diesem Gebiet festzustellen waren. Wir werden in den nächsten Jahren auf diesem Gebiet besondere Akzente setzen.

(Holzapfel (SPD): Denken Sie an die Stellen, die im Haushaltsjahr 1988 zur Verfügung stehen?)

- Sie denken auch nur in Stellen, Herr Kollege. Das ist Ihr enges Spektrum, das Sie haben, das ist Ihr kleines Karo, Herr Kollege.

(Zurufe von der SPD)

Wir werden das jahrelange Gerede von der Priorität der beruflichen Bildung durch handfeste Entscheidungen ablösen.

(Zuruf der Abg. Hinz (GRÜNE))

Herr Präsident, meine Damen und Herren, das duale System hat auch ohne Zwangsmaßnahmen seine Bewährungsprobe bestanden. Wir haben die quantitativen Probleme der Vergangenheit gemeinsam gelöst. Wir werden auch die neuen Herausforderungen der nächsten Jahre bis ins Jahr 2000 bestehen, und zwar in sozialer Partnerschaft, mit veränderten Prioritäten gegenüber den siebziger Jahren mit ihrer überzogenen Theoretisierung, mit dem Verbalismus und der starken Kopflastigkeit, die wir im letzten Jahrzehnt zu verzeichnen hatten.

Wir stellen uns den neuen Herausforderungen. Wir werden sie im Interesse unserer Jugendlichen und unseres Volkes auch erfolgreich meistern.

(Beifall bei der CDU und der F.D.P.)

**Vizepräsident Dr. Lang:**

Frau Kollegin Wagner-Pätzhold, bitte sehr!

**Wagner-Pätzhold (GRÜNE):**

Meine Damen und Herren, Herr Präsident! Fünf Punkte sind auffällig im Landes-Berufsbildungsbericht 1986, wenn man die Zahlen der letzten drei Jahre miteinander vergleicht.

Erstens. Die unter der alten Landesregierung aufgelegten Sonderprogramme haben den Nachfrageüberhang deutlich reduziert, wenngleich - das muß der Ehrlichkeit halber dazugesagt werden - hierfür auch eine allgemeine Entspannung auf dem Ausbildungsstellenmarkt verantwortlich ist.

Davon abgesehen wissen natürlich auch wir, daß zahlreiche Jugendliche und junge Erwachsene in verschiedensten Programmen verschwinden, statistisch verschwinden, was zu einer Schönung aller Statistiken beiträgt. So konnten zum Beispiel laut BfA im Jahre 1985 für Hessen knapp 4.000 Jugendliche ohne Ausbildungsplatz ermittelt werden. Folgt man den Aussagen des DGB, waren es rund zehnmal so viele.

Zweitens. Die Sonderprogramme aus den vergangenen drei Jahren haben einen Anstieg der weiblichen Auszubildenden auf immerhin 41 Prozent bewirken können, auch und gerade in den nicht traditionsgemäßen Frauenberufen. Das bleibt positiv zu benennen.

Drittens. Der Anteil der Altbewerber steigt, wie auch der DGB bereits vor einem Jahr prognostizierte, was den zu erwartenden, demographisch bedingten Rückgang an Erstbewerbern gewissermaßen neutralisiert. Ein Ausgleich zwischen Angebot und Nachfrage ist freilich in allen Bereichen noch weit entfernt.

Viertens. Der Landes-Berufsbildungsbericht stellt zutreffend fest, daß der Arbeitslosenanteil bei Ausländern grundsätzlich höher ist als bei Deutschen. Das heißt allen Behauptungen zum Trotz: Das viel strapazierte Argument, Ausländer nähmen Deutschen die Arbeit weg, ist ganz offensichtlich so nicht zutreffend. Eine gezielte und

verstärkte Förderung dieser Problemgruppe ist also auch in Zukunft unverzichtbar.

Am drastischsten stellt sich die Situation bei ausländischen Frauen und Mädchen dar. Bei ihnen kumulieren - das hat ja Frau Geschka auch schon ausgeführt - die Benachteiligungskriterien. Ihr Arbeitslosenanteil bei den unter 20jährigen beträgt 25 Prozent. Das heißt für mich, die Maßnahmen der ehemaligen Landesregierung waren eben gerade das Minimum dessen, was zu tun ist.

Daran wird sich die neue Landesregierung messen lassen müssen. Böseartig könnte man fragen, wie wohl Regierungen jedweder Couleur mit den Erkenntnissen des Landes-Berufsbildungsberichts umgehen würden, wenn es denn zumindest ein kommunales Ausländerwahlrecht gäbe.

Die insgesamt vier Programme zur Förderung von Ausbildungsplätzen für Mädchen in gewerblich-technischen Berufen können als Erfolg gewertet werden. Um so erstaunlicher nehmen sich die im Sommer verschickten Ablehnungsbescheide an verschiedene Projekte aus, Herr Schmidt. So hat als anachronistischer Höhepunkt der Werkhof Darmstadt die Mittel für zwölf Mädchen-Ausbildungsplätze gestrichen bekommen mit der Begründung, man wolle künftig vorrangig Frauen und Mädchen fördern. Nicht viel besser erging es dem Jugendhilfeverein JAFKA in Kassel, wo die Förderung von 20 Ausbildungsplätzen abgelehnt wurde.

Ohne sich weiter in Einzelbeispielen zu verlieren, bleibt festzustellen, daß die neue Landesregierung die Richtigkeit und Sinnhaftigkeit der bestehenden Förderprogramme offensichtlich anerkennt, die Mittel für außer- und überbetriebliche Ausbildungsprojekte jedoch offensichtlich durchaus zur Disposition stellt. Das gibt Anlaß zur Sorge.

Ähnliche Befürchtungen scheinen hinsichtlich des Programms "Beratung und Hilfe für junge Arbeitslose" mit 40 Beratungsstellen und 24 angegliederten Jugendwerkstätten angebracht zu sein, wie der Hessische Städtetag in einem Schreiben an alle Fraktionen des Hauses zum Ausdruck bringt. Unter Verweis auf beabsichtigte Mittelkürzungen, die ohne den Haushaltsentwurf natürlich noch nicht näher quantifiziert werden können, betont der Hessische Städtetag die Notwendigkeit des Erhalts dieses Programms. Wir können uns dem nur mit Nachdruck anschließen. Jugendarbeitslosigkeit ist mehr als das Nichtinhaben eines Ausbildungs- oder Arbeitsplatzes. Auf das Individuum bezogen, bedeutet sie Hoffnungslosigkeit, Selbstzweifel, Perspektivlosigkeit, schließlich häufig das Abgleiten in Kleinkriminalität, Alkoholkonsum, Aggression.

Es gibt derzeit keine Alternative zu staatlichen Fördermaßnahmen und gesetzgeberischer Intervention. Da möchte ich auch meinem Vorredner aus der CDU-Fraktion und dem Herrn Minister Schmidt widersprechen, wenn sie sagen: Wir setzen auf betriebliche Eigeninitiative. Das kann hier und da einmal funktionieren, ist aber kein Allheilmittel. Davon kann nicht ausgegangen werden.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Jeder Wirtschaftsbetrieb, sei er noch so klein, sei er noch so groß, setzt letztendlich auf Gewinnmaximierung. Da brauchen wir uns nichts vorzumachen. Deswegen ist der Staat in dieser Situation natürlich gefordert.

Ich darf in diesem Zusammenhang an den Vorschlag der GRÜNEN erinnern, eine Berufsausbildungsplatzabgabe